



Hinz

## Salzwasserversenkung Geschönte Prognose

Die hessische Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) hat in Zusammenhang mit der Versenkung salzhaltigen Abwassers massive Einwände ihrer Fachbehörde ignoriert. Ein Computermodell, das die Folgen der Versenkung auf das Grundwasser berechnen soll, beruht nach Einschätzung des Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) auf zahlreichen eklatanten Fehlern, Unsicherheiten und unplausiblen Annahmen. Umweltschützer und Anliegerkommunen im hessisch-thüringischen Grenzgebiet kritisieren seit Langem, dass stark salzhaltiges Abwasser des Kalikonzerns K+S die Trink- und Heilwasserbrunnen der Region gefährdet.

Gleichwohl haben hessische Behörden dem Unternehmen im Dezember 2016 erlaubt, bis Ende 2021 jährlich bis zu 1,5 Millionen Kubikmeter Salzwasser im Erdboden verschwinden zu lassen. Laut Ministerin Hinz wurde die Genehmigung „unter Anwendung eines funktionierenden 3-D-Modells er-

teilt“. Anfang März behauptete das Hinz-Ministerium auf Nachfrage der „Wirtschaftswoche“, dass Experten des HLNUG dieses Computermodell für „endkalibriert“ hielten. Demnach sei es „geeignet für eine belastbare Prognoserechnung“.

In Wahrheit hatte die Umweltbehörde am 9. Februar eine Stellungnahme abgegeben, in der sie das Modell auf 40 Seiten regelrecht zerreißt. So seien im Modell Werte für die Durchlässigkeit geologischer Schichten angenommen worden, die „um mehrere Zehnerpotenzen“ von den Messwerten bei Bohrlochtests abwichen. Andere Annahmen seien „unplausibel“ oder „nicht realitätsnah“.

Das Computermodell sei offensichtlich so lange passend gemacht worden, bis die berechneten Auswirkungen auf das Grund- und Heilwasser noch vertretbar erschienen, vermutet ein mit der Materie vertrauter Experte. Das Ministerium erklärte am Donnerstag, „die Forderung einer vollständigen Übereinstimmung“ des Modells „mit der Wirklichkeit ist nicht realistisch“. Zudem solle das Modell „weiter verbessert“ werden. **ma**

## Gesundheit CDU will Schutz für Privatversicherte

Nach der Bundestagswahl will die CDU eine Reform der privaten Krankenversicherung (PKV) auf den Weg bringen. „Stark steigende Beiträge“ überforderten eine zunehmende Zahl von Privatversicherten, heißt es in einer Vorlage, die der Bundesausschuss Gesundheit und Pflege für das Wahlprogramm der Partei verfasst hat. „Hier wollen wir gegensteuern und extreme Ausschläge bei der Beitragsanpassung verhindern.“ Seit Jahren leiden vor allem ältere Privatversicherte unter steigenden Kosten. Im vergangenen Herbst hatte die Branche angekündigt, dass die Prämien für zwei Drittel der knapp neun Millionen Vollversicherten 2017 um durchschnittlich elf Prozent angehoben werden müssten, nach ersten Auswertungen fiel der Anstieg etwas geringer aus.

## Germanwings-Absturz Diagnose: Angststörung

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf geht davon aus, dass der Kopilot des Germanwings-Airbus an einer Angststörung litt. Andreas Lubitz hatte am 24. März 2015 das Flugzeug mit 150 Menschen an Bord in ein Bergmassiv in den französischen Alpen gesteuert. Ursprünglich hatten die Ermittler angenommen,



Lubitz 2009

Die Union will, dass die Prämien künftig häufiger, dafür aber moderater erhöht werden können. Wie die Probleme der PKV langfristig gelöst werden könnten, lässt das Papier allerdings offen.

Im Wahlkampf will die CDU für den Erhalt der Branche kämpfen. „Individuelle Kapitalrücklagen“ leisteten in einer alternden Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit, heißt es in dem Konzept. Damit grenzt sich die Partei von den Bürgerversicherungsplänen der SPD ab: „Eine staatliche Einheitsversicherung für alle lehnen wir ab.“

Reformbedarf sieht die CDU aber auch bei den gesetzlichen Krankenkassen. Selbstständige mit geringem Einkommen sollen niedrigere Mindestbeiträge als heute zahlen. Nach jetziger Planung will die CDU den Arbeitgeberanteil weiterhin festschreiben, steigende Gesundheitskosten müssten damit von den Arbeitnehmern allein getragen werden. **cos**

dass bei dem 27-Jährigen eine Depression mit Selbstmordgedanken zurückgekommen sei, wegen der er 2009 seine Flugausbildung unterbrechen musste.

Im Beschluss zur Einstellung ihrer Ermittlungen zitiert die Staatsanwaltschaft nun die Diagnose des Psychiaters von Lubitz, der nicht an die Wiederkehr der Depression geglaubt hatte, sondern eine Angststörung feststellte. Diese kann mit Suizidabsichten verbunden sein. Die Ermittler wollen sich aber nicht auf ein Krankheitsbild festlegen. Lubitz war in den Monaten vor der Flugkatastrophe bei zahlreichen Medizinern unterschiedlicher Fachrichtungen. Die Eltern des Germanwings-Piloten zweifeln, dass ihr Sohn in selbstmörderischer Absicht gehandelt hat, und widersprechen der Staatsanwaltschaft, die von seinem tödlichen Vorsatz überzeugt ist. **gt**